

Was wollen die Globalisierungsgegner?

Der G8-Gipfel in Genua bot – nach den Ereignissen von Seattle, Prag, Davos, Göteborg usw. – eine weitere Bühne für die neue Rebellengeneration der Globalisierungsgegner. Deren Protest wird zum Politikum, weil er sich auf eine gewisse Grundsympathie in der Bevölkerung stützen kann: Ganz offensichtlich artikulieren die Globalisierungsgegner ein Unbehagen, das in den westlichen Gesellschaften weit verbreitet ist.

Die Ziele der Protestierer dagegen bleiben oft unklar. Dies geht darauf zurück, dass die Globalisierungsgegner selbst eine heterogene Koalition nicht ohne skurrile Beimengungen bilden. Gleichwohl tritt ihre Mehrheit für eine Reihe sehr konkreter Reformen ein, unter anderem (ohne Anspruch auf Vollständigkeit):

- ▶ Eine strengere Regulierung des internationalen Finanzsystems, u. a. eine strengere Börsen- und Bankenaufsicht und eine Steuer auf finanzielle Transaktionen;
- ▶ freier Zugang der Entwicklungsländer zu den geschützten Agrarmärkten der Industrieländer;
- ▶ keine weitere WTO-Liberalisierungsrunde, kein Handelsabkommen zum Schutz geistigen Eigentums; kein globales Investitionsabkommen;
- ▶ die Einführung von Sozial-, Umwelt- und Demokratiestandards in internationale Handelsabkommen
- ▶ Schuldenerlass für die Entwicklungsländer;
- ▶ Schließung von offshore-Steuerparadiesen;
- ▶ Fortsetzung des Kyoto-Prozesses zum Welt-Klimaschutz;
- ▶ Reform, demokratische Kontrolle und/oder Veränderung der Prioritäten der internationalen Finanzinstitutionen Weltbank und IWF.

Angriffsziel »Globalisierung«?

Ein gemeinsamer Nenner all dieser Forderungen liegt darin, dass sie auch im Programm der

etablierten Parteien aufgeführt sein könnten, in Talkshows zuverlässig Applaus auslösen und in internationalen Expertenzirkeln salonfähig sind. Ihr gemeinsamer Nenner liegt *nicht* darin, dass sie sich allesamt gegen die Globalisierung wenden:

- ▶ Die Forderung nach Marktöffnung für Entwicklungsländer zielt auf ein *Mehr* an Globalisierung, auf das Schließen der letzten protektionistischen Reserven der Weltwirtschaft.
- ▶ Ähnliches gilt für die Ablehnung strikt interpretierter geistiger Eigentumsrechte, die den Entwicklungsländern den Zugang zu bestimmten Technologien und Produkten verwehren oder unangemessen verteuern; die sogenannten Gegner der Globalisierung treten hier für *weniger* Restriktionen ein als deren Befürworter.
- ▶ Einige Forderungen verhalten sich neutral zur wirtschaftlichen Globalisierung, etwa ein Schuldenerlass für Entwicklungsländer oder die Fortsetzung des Kyoto-Prozesses.
- ▶ Forderungen, die auf die Kontrolle der globalen Finanzmärkte (für die sich unter anderem auch George Soros, Paul Volcker und Gerhard Schröder ausgesprochen haben) oder die Schließung von Steuerparadiesen (wie sie die OECD anstrebt) zielen, könnten als gegen ungezügelte Märkte gerichtet interpretiert werden – aber auch als notwendige Flankierung eines im Prinzip unumkehrbaren und akzeptierten Globalisierungsprozesses.
- ▶ In der Ablehnung einer weiteren WTO-Runde lässt sich in der Tat eine explizit gegen den Freihandel gerichtete Initiative sehen. Angesichts des bereits erreichten Grades an freiem Handel allerdings gehen auch main-stream-Ökonomen davon aus, dass weitere Freihandelsrunden allenfalls marginale Effekte zeitigen würden.
- ▶ Forderungen nach einer demokratischen Kontrolle bzw. veränderten Prioritätenbildung internationaler Organisationen und Institutionen fül-

len eine demokratische Legitimationslücke, die auch von vielen Politikern als Problem gesehen wird.

Die Bewegung ist keine Bewegung gegen die Globalisierung und in ihrer Mehrheit keine gegen den Kapitalismus. Sie vertritt keine Alternative zur herrschenden Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung. Ihre politische Kohärenz im Vergleich nicht nur zu sozialistischen Bewegungen der Vergangenheit, sondern auch zu den Grünen in ihrer Formationsphase ist, so scheint es, schwach. Gibt es überhaupt einen gemeinsamen politischen Nenner, der die Globalisierungsgegner von den Veranstaltern der Love Parade unterscheidet?

Was ist der gemeinsame Nenner des Protests?

Gibt es nicht

Eine erste denkbare Antwort: Die Protestbewegung ist in der Tat zu heterogen; die verschiedenen Gruppierungen verbindet lediglich eine kollektive Pawlowsche Reaktion auf internationale Gipfeltreffen, die den unstillbaren Drang auslösen, die entsprechenden Orte aufzusuchen und dort gewaltsame oder gewaltfreie Rituale aufzuführen. Die Bewegung ist nicht nur in Gewalttäter und Friedfertige, in erklärte Antikapitalisten und Reformer gespalten; auch die Reformkräfte differieren hinsichtlich der Reichweite der gewünschten Veränderungen. Einige wollen die Demokratisierung der WTO, andere den Verzicht auf eine weitere WTO-Runde, wieder andere wollen die WTO ganz abschaffen usw. Fazit: Die Bewegung ist zu vielgestaltig, als dass sie eine eindeutige Botschaft artikulieren könnte.

Emotionen

Eine zweite mögliche Antwort: Die Einheit der Bewegung liegt nicht in Forderungen, die rational begründet sind und die sich nicht fundamental von dem unterscheiden, was auch in den herrschenden Institutionen diskutiert wird. Kein Zwanzigjähriger wird an die verschiedensten Orte der Welt reisen und dort seine Gesundheit und – nach Genua – möglicherweise sein Leben riskieren, um zur Verbesserung der Börsenregulierung beizutragen. Der gemeinsame Nenner der Bewe-

gung liegt nicht auf der rational-programmatischen, sondern auf der emotionalen Ebene. Was die Bewegung (und diese mit vielen anderen Bürgern) verbindet, sind Angst (vor einem ungewissen Prozess gesellschaftlichen Wandels, vor Orientierungs- und Identitätsverlusten usw.), Wut (über soziale Ungerechtigkeit o.ä.) oder Scham (über den Reichtum der Industrieländer o.ä.) – Gefühle also. Die oben erwähnten Forderungen dagegen wurden von einer intellektuellen Avantgarde formuliert, die für die Gesamtbewegung nicht repräsentativ ist.

Kulturkritik

Einender Faktor der Anti-Globalisierungsbewegung ist das Unbehagen mit einer von Firmenlogos wie Nike, McDonalds oder Coca Cola beherrschten MacWorld, in der Differenzen und Substanzen ausgelöscht sind, in der Supermärkte, Hotelzimmer, Verkehrsknotenpunkte usw. in Katmandu zunehmend genauso aussehen wie in Kairo und Köln. Länder- und kulturspezifische Besonderheiten lösen sich auf zugunsten weltweit angeglichener Konsummuster. So wie sich die Sprachen dieser Welt auf ein schlechtes New-Economy-Englisch nivellieren, gleichen sich die Lebensumwelten einander an wie Flughafen-Interieurs.

Die Bewegung der Globalisierungsgegner ist eher kulturell/subkulturell als politisch motiviert. Gegen die globalisierte Kultur führt sie keinen Heiligen Krieg, sie setzt ihr kein einheitliches Fundamentalprinzip entgegen, sondern ein buntes Bündel an Gegenmotiven, die sich zum Teil – von den Aborigines bis zu den Zapatistas – an den Kulturen orientieren, die die MacWorld zu vernichten droht.

Neoliberalismus

Zu einer politischen Bewegung werden die Globalisierungsgegner durch ihre rationale und explizite Kritik am Neoliberalismus. Ziel der Kritik ist der Neoliberalismus nicht als wirtschaftswissenschaftliche Schule, sondern als politisches Projekt und als resignative Selbstaufhebung der Politik. Als politisches Projekt wird eine Strategie perzipiert, die – unter dem Etikett Washington-Konsens – auf die Vereinheitlichung der Welt zu einem globalen Markt zielt. Diese Strategie hat identifizierbare

Protagonisten, die im IWF, der Weltbank, der WTO, der Wall Street, der U.S. Treasury, den großen Unternehmen und im Weißen Haus zu lokalisieren sind. Eine Selbstaufhebung der Politik dagegen wird dort registriert, wo Politiker, die sich nicht als neoliberal einstufen lassen, vor der Eigengesetzlichkeit globaler Märkte kapitulieren und die Anpassung der Politik an die Entscheidungen des Marktes als notwendig, weil alternativlos verteidigen.

In den Augen der Globalisierungskritiker vertieft die neoliberale Politik, sei sie fröhlich-aktiv oder resignierend-realistisch, die Spaltung sowohl der Welt in arme und reiche Länder als auch der Gesellschaften in arme und reiche Bevölkerungsgruppen. Sie nimmt bereits erzielte Relativierungen der sozialen Gegensätze, etwa in der Form des Sozialstaats, wieder zurück; der alte Gegensatz zwischen Arm und Reich, der im nationalen Rahmen hatte verarbeitet werden können, wird um eine Dimension erweitert: Einer Bevölkerungsmehrheit, die territorial gebunden und auf den Staat angewiesen bleibt, steht eine mobile globalisierte Oberschicht gegenüber, die ihre Ressourcen dem Gemeinwesen jederzeit zu niedrigen Kosten und mit geringen Risiken entziehen kann.

Gegen den Neoliberalismus führen die Globalisierungskritiker die normative Priorität demokratischer Politik über die Eigengesetzlichkeiten des Marktes ins Feld. Märkte können sich nur in dem Maße entfalten, das dem politischen Willen der Bürger entspricht. Sie funktionieren nicht automatisch zum Nutzen aller, wie die Existenz von Märkten für Sklaven, Drogen und Schutzgeld zeigt. Die Kriterien, unter denen Märkte einzuschränken sind, werden aber nicht vom Markt selbst bereit gestellt. Es gibt auch keine anderen vorgegebenen Bewertungssysteme, aus denen sich solche Kriterien verbindlich ableiten ließen (wie Religionen oder wissenschaftliche Systeme), sondern nur die vom Ergebnis her offenen Verständigungsprozesse der Bürger, deren Resultate über die demokratischen Institutionen in staatliche Handlungen umgesetzt werden. Die Globalisierungskritiker fordern die Bürger und ihre Repräsentanten auf, den politischen Gestaltungschancen und der Gestaltungspflicht der Demokratie nachzukommen, ökologische, soziale und moralische Prioritäten zu definieren und diese auch gegen die Eigendynamik der Wirtschaft durchzusetzen.

Der Egoismus der Mächtigen

Der Neoliberalismus ist letztlich nicht mehr als eine Strohuppe, deren Verbrennen allenfalls symbolische Bedeutung hat. Er erklärt weder das Funktionieren der globalen Wirtschaft, noch ist er – trotz der verbalen Attacken – die eigentliche Zielscheibe der Globalisierungskritik. Denn globale Wirtschaft und Politik funktionieren nur zum Teil nach den Gesetzen des Marktes, zum wichtigeren Teil aber nach denen der Macht. Auch Märkte sind vermachtet. Die Rationalität des Marktes wird bemüht, wenn es den Interessen der Mächtigen (Menschen, Unternehmen, Staaten) entspricht, und sie wird unterlaufen, wenn sie mit deren Interessen nicht mehr übereinstimmt. Unternehmen treten über ihre Verbände für den freien Markt ein, jedes einzelne Unternehmen wird jeden Wettbewerbsvorteil suchen und wahrnehmen – und sei dieser nur in der schändlichsten Form staatlicher Intervention zu erzielen. Die Frage ist nicht, ob reguliert oder dereguliert werden soll, sondern wer aus Regulierung oder Deregulierung Gewinn zieht.

Herausragendes Beispiel sind – wieder – die Agrarmärkte der Industrieländer, die viele Jahrzehnte lang nicht nur ökonomisch, ökologisch und sozialpolitisch motivierte, sondern auch liberale und neoliberale Attacken zu hundert Prozent unbeschädigt überstanden haben. Ihre Legitimität in jedem denkbaren Bezugssystem ist Null, ihre einzige Existenzberechtigung ist die Macht derjenigen, die von ihnen profitieren. Ein anderes Beispiel sind Standortdebatten bzw. Standortpolitiken, die im Bezugssystem des Neoliberalismus sinnlos sind, und in denen der praktische Egoismus der Staaten eindeutigen Vorrang vor der Autonomie des Marktes hat.

Angriffsziel der Globalisierungskritiker sind weniger der Neoliberalismus und seine Protagonisten als in einem sehr allgemeinen Sinne »die Mächtigen«, ob deren Macht auf dem Markt basiert oder nicht. Hierzu werden auch die Politiker der mächtigen Staaten (also G8) gerechnet, die sich ihrer demokratischen Pflicht entziehen, die weniger Mächtigen zu schützen. Gegen den Egoismus und Opportunismus der Mächtigen wird eine öffentliche Moral ins Feld geführt, die offen als Skandal brandmarkt, was dem normativen Grundkonsens der Demokratien wider-

spricht, aber in der politischen Routine als gegeben akzeptiert wird. Wenn – zum Beispiel – die bezahlbare Versorgung AIDS-kranker Menschen in Afrika mit Medikamenten nur dann möglich ist, wenn die Patentrechte internationaler Pharmakonzerne nicht tangiert werden, ist dies zwar ökonomisch plausibel, steht aber – so ließe sich argumentieren – im Gegensatz zu jeder denkbaren Gemeinschaftsmoral, ohne die letztlich auch keine Märkte funktionieren würden.

Fazit: Die Grünen der Zukunft

Die Bewegung der Globalisierungsgegner ist so schillernd, dass alle hier erwähnten Motive in irgendeiner Weise charakteristisch für sie sind. Es ist nicht ausgeschlossen, dass die Bewegung an ihrem auffälligsten inneren Gegensatz – zwischen Gewaltgegnern und Gewalttätern – zerbricht. Es ist wahrscheinlich, dass sie sich (wie jede politische Bewegung) zu einem hohen Anteil eher aus emotionalen Energien bzw. einer subkulturellen Ästhetik speist, als dass sie in ihren rationalen politischen Forderungen aufginge. Die Protagonisten selbst würden wahrscheinlich im Neoliberalismus den gemeinsamen Gegner sehen, stehen aber in der Gefahr, einen Buhmann aufzubauen: Im strengen Sinne neoliberal sind einige Ökonomieprofessoren, nicht die Mehrheit derjenigen, gegen die sich die Globalisierungsgegner wenden. Der Widerspruch zwischen einer zumindest rudimentär gültigen öffentlichen Moral und einer dieser hohnsprechenden Realität schließlich ist ein zentrales normatives Motiv der Globalisierungsgegner, es richtet sich aber gegen einen schwer zu definierenden Gegner – denn letztlich sind es auch die Lebensstile von Mehrheiten in den Industrieländern, die den denunzierten Skandalen zugrunde liegen.

Hat die Bewegung der Globalisierungsgegner eine Perspektive, vergleichbar mit der der Grünen in ihrer Formationsphase? Entsteht hier eine neue politische Kraft, die sich in Zukunft einmal als eigenständige Partei formieren könnte und/oder Themenfelder öffnet, die alle Parteien einmal besetzen und beackern müssen – so wie heute keine Partei ohne umweltpolitische Programmpunkte auskommt?

Grüne wie Globalisierungsgegner weisen auf von Menschen erzeugte Trends hin, deren unkontrollierte Fortsetzung in die Katastrophe führen

würde. Beide Bewegungen haben gemeinsam, dass sich ihr Thema nie erledigen wird: So wie es immer Umweltkatastrophen geben wird, wird auch die weltwirtschaftliche Entwicklung immer wieder von Katastrophen begleitet sein. Darüber hinaus aber haben die Globalisierungsgegner gegenüber den Grünen zwei Vorteile. Sie vertreten ein Anliegen, das sich nicht wie das Umweltthema als Spezialproblem kleinarbeiten lässt; ihre Kritik und ihre Forderungen zielen auf die Kernbereiche des wirtschaftlichen und politischen Systems der Industrieländer. Zweitens sind die Globalisierungsgegner dem mainstream der Politik und Gesellschaft näher als es die Grünen in den siebziger Jahren waren. Sie vertreten kein fundamentales Gegenprinzip gegen die herrschende Ordnung, sondern argumentieren in deren Begriffen. In dramatisierender Form machen sie auf Konflikte aufmerksam, die auch von den Repräsentanten dieser Ordnung wahrgenommen werden. Sie unterliegen daher weniger als die Grünen der gefährlichen Alternative zwischen fundamentalistischer Politikunfähigkeit und realistischem Substanzverlust.

Die westlichen Demokratien waren in der Lage, die grünen Bewegungen zu absorbieren – zum Nutzen dieser Demokratien. Sie sollten sich nun auf eine neue Herausforderung einstellen.

Michael Ehrke

The Tobin Tax as Fund for Financial Stability

As globalization challenges national borders, governments are discovering that their ability to conduct their public business is eroding. This lesson struck sharply in southeast Asia in 1997 and 1998 when financial capital, which had entered in a burst of euphoria, left in a rush to the exits, leaving in its wake financial devastation akin to a typhoon that blasts onto a land mass from across the oceans and departs into some mysterious ether. Speculative movements of liquid finance is the technical term used to describe this. The history of the modern era has seen this before, summarized admirably in Charles Mackay's title of his 1841 book as »Extraordinary Popular Delusions and the Madness of Crowds«. What globalization brings to this is a new dimension of speed, mass, and reach over extended space, threatening the sovereignty and policy-making capacities of the nation state.

To deal with this problem of hot money stinging its holders, a proposal has been resurrected from the early 1970s, the Tobin Tax, named after its originator, the Nobel Prize winning economist James Tobin of Yale. He proposed levying a small tax on foreign exchange transactions. Each time a Deutsche mark would be sold for a dollar, for example, or vice-versa, a tax would be charged. As with all taxes its intent is to reduce the volume of such exchanges without interfering with the necessary function of buying and selling currencies in order to allow trade, travel, and financial transactions to take place. If the tax is calibrated carefully enough only a portion of pure speculation would be reduced, leaving intact the important and necessary requirements for financial liquidity on global markets. Tobin describes this as throwing »some sand in the well-greased wheels« of financial speculation to restrain financial markets from deviating too much from fundamental values.

He was writing at a particular historical moment and his scheme was designed to address the problems in financial markets of the late 1970s:

currency instability following on the collapse of the Bretton Woods system, the OPEC oil price shock, a collapsing dollar, intense speculation in other currencies and gold, and a difficult after-birth for the system of privatized flexible exchange rates that replaced a market that had been operating as more of a publicly controlled market since 1946. Speculation in financial markets further destabilized what was already a fragile balance in financial markets. Such a tax he thought would restore a degree of lost control over monetary policy for central banks, particularly during financial crises.

His idea became current once again after the Asian financial crisis of 1997–98. Starting in 1993 short term money poured into these markets at a rate that eclipsed previous inflows. Dubbed emerging markets to make them attractive for financial speculators and to distinguish them from their former characterization of less-developed-countries, this followed the classic speculative script identified in 1841 by Mackay: naming something valuable when it may not be (like Tulips in the 1634–35 Dutch Tulip crisis), attracting investors on the basis of flimsy research and analysis, and finding a willing host who would be foolish to turn away from such largesse. The key modifying adjective in all this is »short-term«. Financial flows into Asia were not about long-term investment in anything tangible that would produce wealth. To provide some sense of its dimension, from 1988–1992 the typical size of these inflows amounted to about 7–10 percent of Gross Domestic Product (GDP) of the receiving country. From 1993 to 1995 they grew by a third for some countries and nearly doubled for others to 13 percent of GDP, and 86 percent of this was of the short-term variety.

Starting in Thailand the speculative bubble burst and then circulated to most of the countries in Southeast Asia, spreading beyond this region like a contagious virus as far as Russia, Brazil, and Argentina. It was the financial equivalent of hoof

and mouth disease. Supporters of the Tobin Tax and Tobin himself pulled his idea off the shelf and re-tooled it. Circumstances were vastly different from the 1970s. At that time about 150 billion dollars traveled the globe daily in foreign exchange transactions. Today it is about one trillion dollars a day, moved in trading rooms in Tokyo, London, and New York on a 24-hour, 7-day clock. Most transactions in the 1970s were called spot transactions, the sort you engage in when you change money from your own into another. You pass your national currency through a window and receive the currency of the country you want. The markets today, however, are dominated by futures transactions where a contract is created to deliver a specified amount of currency at some future date and at a price which deviates from the current spot price. What if you were planning a trip a year from now and believed the price of the currency you needed was going to increase. You would simply find a dealer who would agree to deliver the currency to you a year from now at a price which you thought was better than the actual spot price would be at that moment a year hence when you needed the money. These elaborate dealings are subsumed under the term »derivatives,« risky financial ventures that can produce large speculative thrusts one way or another. In the Asian crisis they became the equivalent of tulips. The Tobin Tax is designed to quell the fever and prevent contagion by making foreign exchange transactions more expensive in the first instance and collecting the tax revenues into a fund that can be used to intervene into financial markets when the frenzy appears.

A small tax of 0.1 percent on foreign exchange transactions accumulates in one year about 225 billion dollars. This rate of taxation is deemed not so onerous that the appropriate functions of foreign exchange trading will be truncated and not so small that it would do nothing to lop off the top end of excessive speculative activity, what the American Federal Reserve Chairman, Alan Greenspan, calls »irrational exuberance«. To make the tax comprehensive it must be levied on both spot and futures transactions, those derivatives that are the most chancy and highly leveraged in that they are based on small down payments and heavy borrowing against an uncertain future.

The tax would best be introduced simultaneously by the three countries that account for

virtually all of the daily foreign exchange trading, the U.S., U.K., and Japan. However, it is not out of the question for the United States to go it alone since it accounts for about two-thirds of all foreign exchange activity. As to the criticism that foreign exchange activity would simply move offshore to places that do not impose a Tobin Tax, that would be unlikely to happen for several reasons. These transactions require a very sophisticated and reliable technology infrastructure of communications systems that do not fail and the human resources to run them. It is an industry that directly employs thousands and indirectly a like number. This could not be replicated offshore. And if it were feasible, why haven't these activities moved offshore where lower salaries and cheaper land is available, compared to some of the highest price real estate in the world in the City of London, Wall Street, and the Tokyo financial district.

This aspect of the Tobin Tax addresses speculation directly. A second benefit derives from the monies collected and the uses to which they can be put. The United Nations Conference on Trade and Development (UNCTAD) wants to use the funds for economic development in the Third World, and this has been taken up in the Tobin Tax campaigns in less-developed-countries. The funds can also be used for the purposes for which they are intended, namely reduction of destabilizing financial speculation. This leads to my proposal for a Financial Stability Fund, a perpetually replenishable stabilization fund that can be mobilized in the event of another crisis of capital exiting fragile markets. The very existence of the stabilization fund and its size may be a deterrent to speculation and reduce risk in the system without it being used frequently. However, in extremis it can be mobilized effectively to stabilize global financial flows. It is self-financing in that the tax is extracted from the source of the potential problem and used to mitigate the consequences of instability deriving from the activity that is taxed. The tax is small on each transaction but raises sufficient resources to make the stabilization fund credible.

Direct transfers that emerge from the UNCTAD proposal are not the only way to assist emerging economies. Greater financial stability and the avoidance of speculation in emerging economies can also accomplish this. One only needs to be

reminded of the devastating impact on the poor wrought by the gale forces of financial speculation in the aftermath of the 1997–1998 crisis. One feasible solution between using the funds for UNCTAD-type purposes and for a financial stability fund is to apportion them according to the proportions of transactions located in emerging markets and in other markets, or some such formula.

In the midst of a financial crisis managers need to »buy time«, the conventional phrase used to convey the essence of the problem. Globalization reduces time and makes it more difficult for managers to calm the furies of speculation. In terms economists use, the supply of time has become scarcer due to the speed and scope of capital movements: the computer which permits instant moves of money by the nano-second push of a button and the rapidity with which this information travels the globe. If time is in short supply its »price« increases precisely at that moment when the demand for more time is placed on the stability of the system, further increasing its »price«. So the cost of time is higher precisely when it needs to be lower. But how does one buy more time without increasing its cost? This is the dilemma in which crisis managers find themselves when a financial implosion starts. The speed at which the crisis builds on itself exceeds the time-resources available to managers of the crisis. Enter the Tobin Tax and the twin virtues of mitigating the problem in the first instance and allowing managers to buy time at a lower cost in the midst of crisis.

Howard M. Wachtel

Seite 366

Anzeige

Nomos